BGH: Reichweite den Schutz der Privatsphäre beschränkender Selbstöffnung in einer Biographie – Jan Josef Liefers

EMRK Art. 8 I,10; GG Art. 1 I, 2 I, 5 I; BGB §§ 823 I, 1004 I 2

Der Schutz der Privatsphäre vor öffentlicher Kenntnisnahme kann dort entfallen oder zumindest im Rahmen der Abwägung dort zurücktreten, wo sich der Betroffene selbst damit einverstanden gezeigt hat, dass bestimmte, gewöhnlich als privat geltende Angelegenheiten öffentlich gemacht werden; die Erwartung, dass die Umwelt die Angelegenheiten oder Verhaltensweisen in einem Bereich mit Rückzugsfunktion nur begrenzt oder nicht zur Kenntnis nimmt, muss situationsübergreifend und konsistent zum Ausdruck gebracht werden (st. Rspr., vgl. nur Senat, NJW 2012, 771 [772]).

Die Selbstbegebung gibt nicht stets thematisch und inhaltlich die exakte Grenze vor, in deren Rahmen sich die hinzunehmende Veröffentlichung bewegen muss. Sie ist vielmehr im Rahmen einer Güterabwägung im Einzelfall zu bestimmen.

BGH, Urteil vom 12.06.2018 - VI ZR 284/17 (OLG Köln), GRUR 2018, 1077

Anmerkung von Prof. Dr. Georgios Gounalakis

1. Problembeschreibung

Der Kl., Schauspieler *Jan Josef Liefers*, verlangt von der Bekl. als Betreiberin der Internetseite „www.freizeitrevue.de“ die Unterlassung einer Wortberichterstattung, soweit dessen familiären Verhältnisse – über seine eigene Selbstöffnung hinaus – näher offen gelegt werden. Zuvor hatte er eine Biographie mit dem Titel „Soundtrack meiner Kindheit“ veröffentlicht, in der er selbst über seine familiären Verhältnisse knapp berichtete. Dem Artikel der Bekl. mit der Überschrift „A. L.: Begegnung mit dem verlorenen Bruder“ ist insbesondere die Beziehung *Liefers* zu seinem Halbbruder, dem Schauspieler *Martin Brambach* sowie zu seinem biologischen Vater *Karlheinz Liefers*, ebenfalls Schauspieler und Regisseur, zu entnehmen: Während der Halbbruder mit dem Vater des Kl. aufwuchs, wurde der Kl. als leiblicher Sohn verheimlicht und wuchs ohne Vater auf. In dem Bericht kommt ua der Halbbruder zu Wort, was auf weiteren Recherchen der Bekl. beruhte.

2. Rechtliche Bewertung

Der VI. Zivilsenat hat das Urteil des OLG aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. Er verneint im Grundsatz den Unterlassungsanspruch des Kl. aus § 1004 I 2 BGB analog iVm § 823 I BGB, Art. 2 I, 1 I GG. Dreh- und Angelpunkt sind die Ausführungen zu Rechtswirkung und Reichweite der Selbstöffnung. Sie schließe eine Beeinträchtigung des Rechts auf Achtung der Privatsphäre des Kl. zwar nicht aus (Rn. 14). Ebenso wenig sei die Selbstbegebung seines Halbbruders ihm wie eine eigene zuzurechnen, weil keine Anhaltspunkte für eine engere Beziehung, die auf ein konkludent gebilligtes Verhalten schließen lassen, ersichtlich sind (Rn. 16).

Eine Selbstöffnung führe aber dazu, dass die Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts des Kl. nicht rechtswidrig ist, weil er im Rahmen der Güterabwägung sich nicht mehr auf den Schutz der Privatsphäre berufen darf, wenn Informationen aus der Selbstöffnung nur wiederholt werden (Gedanke unzulässiger Rechtsausübung). In der Autobiographie habe der Kl. nur niedergeschrieben, sein Vater habe mit dem Halbbruder „wie in einer richtigen Familie“ zusammengelebt. Weitere Erwähnung des Halbbruders enthalte die Biographie nicht. Im Artikel der Bekl. werden weitergehende, später recherchierte Details offengelegt. Auch diese seien aber rechtlich zulässig, weil die Selbstbegebung des Kl. der weiteren Berichterstattung keine genaue inhaltliche und thematische Grenze setze.

Wer sich auf den Schutz der Privatsphäre berufen will, müsse sich – so der *BGH* – auch selber konsistent verhalten und dürfe private Angelegenheiten nicht von sich aus öffentlich machen. Dann nämlich könne der Schutz „entfallen oder zumindest im Rahmen der Abwägung zurücktreten“ (Rn. 14), was einleuchtet: Der Träger des Persönlichkeitsrechts bestimmt durch sein eigenes Verhalten mit, welche Informationen als „privat“ zu qualifizieren sind. Bis zur Selbstöffnung gilt ein objektiver Maßstab, wonach Familienbeziehungen grundsätzlich der Privatsphäre unterfallen. Wendet sich der Betroffene, hier eine Person des öffentlichen Lebens, jedoch von selbst bewusst der Öffentlichkeit zu und gibt von sich aus Familieninterna preis, kann er nicht mehr erwarten, dass die offenbarten Informationen den gleichen Schutzzumfang genießen, wie vor der Selbstöffnung. Denn erst die selbstbestimmte Preisgabe weckt das Informationsinteresse der Öffentlichkeit an den familiären Beziehungen und liefert den Grund für weitere Recherchen.

Der Kl. habe durch den identifizierenden Bericht in seiner Autobiographie und die subjektiv wertende Schilderung der Familienbeziehungen eine Erwartung der Geheimhaltung weiterer, später recherchierter Details – über seine preisgegebenen Informationen hinaus – nicht konsistent zum Ausdruck gebracht (Rn. 25). Zum einen hätte er damit rechnen müssen, dass das öffentliche Interesse an seinem Familienleben steigt. Zum anderen bewirbt er seine Person und kommerzialisiert damit seine familiären Verhältnisse (Rn. 26). Beidem ist beizupflichten: Seit Caroline von Monaco II ist anerkannt, dass bei einer Teilkommerzialisierung der Persönlichkeit die Schutzwirkung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts geringer wird (vgl. *BVerfGE* 101, 361 = *NJW* 2000, 1021 = *GRUR* 2000, 446 [450] – Caroline von Monaco II; *KG*, Urt. v. 2.9.2003 – 9 U 15/03, BeckRS 2003, 14668 Rn. 32). Auch war die Veröffentlichung neuer Informationen ebenso voraussehbar wie die vertieften Recherchebemühungen der Presse im Familienumfeld, um weitere Stellungnahmen und Sichtweisen zu erhalten.

Für eine Rechtfertigung des Presseberichts – so der *BGH* weiter – reiche ein lediglich thematischer Bezug des Folgebeitrags aus. Sie sei zu bejahen, wenn die neu veröffentlichten Informationen mit der ursprünglichen Selbstöffnung korrespondieren, die Intimsphäre nicht betreffen und die preisgegebenen Informationen „wenig intensiv“ vertieft werden (Rn. 27–29). Auch dem ist zuzustimmen: Wären nur wortgleiche Beiträge gerechtfertigt, bliebe bei der im Rahmen der Rechtswidrigkeit vorzunehmenden Abwägung zwischen Persönlichkeitsrecht und Pressefreiheit der Aspekt der – mit der Selbstöffnung geschürten – Erwartungshaltung der Öffentlichkeit und damit das gesteigerte Informationsinteresse unberücksichtigt. Auch dürfen Journalisten grundsätzlich darauf vertrauen, dass auf der Selbstöffnung basierende Folgebeiträge mit vergleichbarer Eingriffsintensität, später nicht juristisch verfolgt werden.

3. Praktische Folgen

Der *BGH* präzisiert Folgen und Reichweite der Selbstöffnung. *Personen des öffentlichen Lebens* müssen sich künftig über zweierlei im Klaren sein: Eine Selbstöffnung auch zu kommerziellen Zwecken geht grundsätzlich mit einer Abschwächung des Persönlichkeitsschutzes einher. Dies gilt nicht nur bei inhaltlicher Übereinstimmung zwischen Selbstöffnung und Folgebeitrag. Auch bei thematischer Übereinstimmung dürfen weitere Details veröffentlicht werden. Inhaltliche Abweichungen werden lediglich dadurch begrenzt, dass die Eingriffsintensität zwischen Selbstöffnung und Folgebeitrag gleich sein muss bzw. der Folgebeitrag die Intensität der Selbstöffnung nicht überschreiten darf. Der Preisgebende sollte sich also bewusst sein: Privates, das er selbst in die Öffentlichkeit trägt, darf auch öffentlich diskutiert werden. Inwieweit diese Grundsätze auch für *Privatpersonen* gelten, hat der *BGH* nicht entschieden, die Frage bleibt offen. Aber auch sie wird im Rahmen einer Güterabwägung im Einzelfall zu beantworten sein. Das deutlich geringere öffentliche Informationsinteresse könnte dann zu Gunsten des Persönlichkeitsrechts und zu Ungunsten der Meinungs- und Pressefreiheit ausschlagen.

Professor *Dr. Georgios Gounalakis* ist Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Medienrecht an der Philipps-Universität Marburg.

Zitiervorschlag:

BGH Urt. v. 12.6.2018 – VI ZR 284/17, LMK 2019, 414094